

GR. Mag. Andreas MOLNAR
GR DI(FH) Markus Schimautz, M.A.

20.03.2014

A N T R A G

Betr.: Sprachliche Erweiterung der Welcome Box

Seit ca. zwei Jahren wird jedem neuen Bürger, der sich erstmalig in unserer Stadt mit einem Hauptwohnsitz anmeldet, eine sogenannte Welcome Box überreicht.

In dieser Box befinden sich interessante Informationen über die Landeshauptstadt Graz über Freizeit, Gesundheit und Serviceangebote der Landeshauptstadt inkl. einer genauen Ämterübersicht.

Diese Informationen gibt es in einer Informationsbroschüre und auf einem USB-Stick in elektronischer Form, auch befindet sich ein Gutschein für eine gratis Stadtführung in der Box

Ziel dieses „Willkommensgeschenk“ soll sein, dass sich die „Neuen Grazer“ so schnell wie möglich in unserer Stadt zu Recht finden und zu Hause fühlen.

Aus diesem Grund sind diese Informationsmaterialien nicht nur in Deutsch sondern auch auf Englisch, Französisch, Russisch, Türkisch und BKS.

Seit dem EU-Beitritt der neuen Beitrittsländer stellen mittlerweile die EU Bürger aus Rumänien und Ungarn die größte Gruppe der nicht deutschsprachigen Neuanmeldungen dar.

Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, die Informationsbroschüren auf diese zwei Sprachen zu erweitern. Aufgrund der angespannten Budgetsituation wäre es vorab sinnvoll, den Inhalt der Informationsbröschchen nur in elektronischer Form auf dem USB-Stick und der Homepage der Stadt Graz als Download zur Verfügung zu stellen und ein Merkblatt für Rumänisch und Ungarisch beizulegen, das auf die elektronische Verfügbarkeit verweist.

Ich stelle daher im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

A n t r a g,

das zuständige Integrationsreferat möge die sprachliche Erweiterung der Welcome-Box – wie Motivenbericht dargestellt - veranlassen.

GR Sissi POTZINGER

20.3.2014

A N T R A G

Betreff: Einbindung des Familienpolitischen Beirates bei familienrelevanten, Gesetzesänderungen, Petition an das Land Steiermark

Bei bundes- und landesgesetzlichen Änderungen, die Familien mit Kindern betreffen, ist es geübte Praxis, den jeweiligen familienpolitischen Beirat (des Bundes oder der jeweiligen Landes) in die Entscheidungsfindung einzubinden, indem den Mitgliedern des Beirates der Gesetzesentwurf im Vorfeld übermittelt wird und eine Sitzung des familienpolitischen Beirates rechtzeitig vor den politischen Entscheidungen einberufen wird, um die Standpunkte der Eltern- und Familienorganisationen zu diskutieren und in die Gesetzeswerdung einzubinden.

Bedauerlicherweise wurde in unserem Bundesland bei der Novellierung des Jugendschutzgesetzes der Familienpolitische Beirat des Landes Steiermark nicht eingebunden.

Da derzeit der Entwurf für die Änderung des Steirischen Kinderbetreuungsförderungsgesetzes vorliegt, stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

ANTRAG:

Das ressortzuständige Landesregierungsmitglied wird auf dem Petitionswege dringend ersucht, den familienpolitischen Beirat in alle familienrelevanten Entscheidungen einzubinden und aus aktuellem Anlass – Novellierung des Kinderbetreuungsförderungsgesetzes - den Beirat umgehend einzuberufen.

GR Sissi POTZINGER
GR Barbara Kasakoff
GR Mag. Gerhard Spath

20.3.2014

A N T R A G

unterstützt durch alle im Gemeinderat vertretenen Parteien

Betreff: Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter stellen eine wichtige Ressource in der Schule da. Seit einigen Jahren sind bereits in Graz Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter im Einsatz. 2/3 der Kosten übernimmt die Stadt Graz, das weitere Drittel das Land Steiermark. In Österreich ist der Einsatz dieser wichtigen Unterstützungsmaßnahmen nicht geregelt. Jedes Bundesland hat unterschiedliche Ansätze. In manchen Bundesländern sind die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in der Schule Teil des Systems Schule und in anderen Teil des Systems Jugendwohlfahrt-Sozialarbeit. Oder sie sind - wie in der Steiermark - über einen Träger im Einsatz. Dadurch fehlen aber wichtige Schnittstellen.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

Antrag:

Der Bundesgesetzgeber wird im Petitionswege aufgefordert, die Schulsozialarbeit bundesgesetzlich zu regeln, um diese wichtige Unterstützungsmaßnahme bundesweit einheitlich sicherzustellen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin **DI Christine Braunersreuther**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: Anbringung einer historisch korrekten Zusatztafel in der Kernstockgasse

Der steirische Dichter Ottokar-Kernstock war strikt deutschnational gesinnt, schrieb chauvinistisch-blutrünstige Kriegsliteratur während des Ersten Weltkrieges und verfasste das sogenannte Hakenkreuzlied aus dem Jahr 1923, das von den Nationalsozialisten zu Propagandazwecken verwendet wurde. Trotzdem ist Kernstock, dessen literarisches Schaffen von GermanistInnen als niedrig eingeschätzt wird, immer noch Namensgeber vieler Straßen – so auch in Graz. In der Kernstockgasse im Bezirk Gries ist zwar eine erklärende Zusatztafel über Ottokar Kernstock angebracht, jedoch verschweigt sie seine politischen Haltungen und lässt somit eine weitere Verehrung des Dichters zu.

Da eine Umbenennung der Straße zwar unbedingt erstrebenswert aber kurzfristig nicht machbar ist, sollte daher auf schnellstem Wege mit einer Richtigstellung der Informationstafel zum Straßenschild reagiert werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, eine neue, historisch vollständige Zusatztafel in der Kernstockgasse anzubringen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Manfred Eber**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: **Aussetzung der Erhöhung der Richtwertmieten**

Angesichts der Teuerungen in vielen Bereichen wird es für viele Menschen immer schwerer, finanziell über die Runden zu kommen. Nun sollen mit 1. April die Richtwertmieten angehoben werden. Für viele Menschen wird das zum Existenzproblem. Mietervereinigungen und Arbeiterkammer warnen vor diesem Schritt und fordern die Aussetzung dieser Maßnahme. Viele verstehen nicht mehr, warum eine Indexanpassung bei Mieten als selbstverständlich gilt, während um Lohnerhöhungen alljährlich gerungen werden muss. Selbst bei der Wohnbeihilfe des Landes gibt es bis heute keine automatische Indexanpassung.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz fordert die zuständigen Stellen des Bundes auf, die Erhöhung der Richtwertmieten auszusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: Erhöhung der Anzahl sicherer Fußgängerübergänge in der Mariatrosterstraße

Die Mariatrosterstraße im XI. Bezirk ist eine stark befahrene Einzugsstraße im Norden von Graz. Durch ihre Form verleitet sie viele AutofahrerInnen zu gewaltigen Beschleunigungen.

Querungen sind für FußgängerInnen oft ein enormes Risiko. Gerade ältere Menschen und Kinder haben Probleme, aus Seitenstraßen, Haltestellen oder Geschäften kommend, sicher auf die andere Straßenseite zu gelangen.

Eine erhöhte Anzahl von deutlich erkennbaren Übergängen würde für die betreffenden Personen eine große Erleichterung darstellen, die daraus folgende Temporeduktion der Kraftfahrzeuge für die lärmgeplagten AnrainerInnen eine Verbesserung der Lebensqualität bewirken.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Stadt Graz möge prüfen, an welchen Stellen besagter Straße im Sinne des Motivenberichts Verbesserungen erreicht werden können



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. **Andreas Fabisch**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: Pflege des Eugenie-Schmiedl-Hains in Mariatrost

Der Eugenie-Schmiedl-Hain in Mariatrost als bewusst naturbelassener Grünraum wird von vielen Erholungsuchenden gerne aufgesucht. Aber auch eine derartige „Ökofläche“ benötigt hin und wieder Pflegearbeiten, die auch ERFA in der Vergangenheit großartig bewältigt hat.

Leider ist in letzter Zeit diesbezüglich zu wenig geschehen: Umgerissene Bäume versperren große Flächen, Gehwege existieren kaum mehr und der kleine Teich macht einen traurigen Eindruck.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Stadt Graz beauftragt die betreffenden Stellen, im Sinne des Motivenberichts im Eugenie-Schmiedl-Hain pflegend einzugreifen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Robert Krotzer**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: **Wartehäuschen an der Bushaltestelle Uni-Mensa**

Tausende Studierende, Lehrende und Bedienstete der Universität Graz nutzen täglich die Holding Graz Linien. Bis zum Umbau des Kreisverkehrs am Sonnenfelsplatz zum Shared Space gab es auch für die Fahrgäste, die auf die in Richtung Hauptbahnhof fahrenden Busse warteten, ein Wartehäuschen. Sie stehen nun oft – im wahrsten Sinn des Wortes – im Regen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Die Stadt Graz tritt an die Holding Graz Linien heran mit dem Ersuchen, ein Wartehäuschen an der Bushaltestelle Uni-Mensa für die in Richtung Hauptbahnhof geführten Buslinien zu errichten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Christian Sikora**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: S-Bahn-Haltestelle Murpark: Errichtung von Lärmschutzeinrichtungen

Nach der Errichtung der S-Bahn Haltestelle Murpark bleiben die S-Bahn Zuggarnituren bis zu 60 Mal am Tag stehen und fahren an. Bei jeder Ein- und Ausfahrt in und aus der Haltestelle werden Lautsprecheransagen von der ÖBB getätigt. Zahlreiche Güterzüge, die mit hoher Geschwindigkeit passieren, und das Klingel-Signal, wenn sich der Schranken schließt, runden die extreme akustische Belastungssituation für die AnrainerInnen ab. Den Menschen, die in unmittelbarer Nähe wohnen, ist das nun genug an massiven Lärmbelästigungen. Sie fordern von den Verantwortlichen Abhilfe in Form von geeigneten Lärmschutzeinrichtungen.

Die BewohnerInnen haben ein Recht auf Lebensqualität. Darum ist es wichtig, möglichst schnell geeignete Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden

Antrag

Das Referat für Lärmschutz beim Umweltamt der Stadt Graz wird ersucht, mit den zuständigen Stellen bei Stadt, Land und ÖBB in Verbindung zu treten, um an der S-Bahn-Haltestelle Murpark geeignete Lärmschutzmaßnahmen zu prüfen und umzusetzen.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat **Christian Sikora**

Donnerstag, 20. März 2014

Antrag

Betrifft: Sperrmüllaktion im Großraum Graz - Illegaler Sperrmülllagerung in den Wäldern und Wegen um Graz vorbeugen

Aufgrund des Riesenerfolges in den Vorjahren wird der *Große steirische Frühjahrsputz* auch 2014 wieder stattfinden. Start dieser Aktion, bei der alle SteirerInnen aufgerufen sind mitzumachen, wird am 31. März sein und sie wird bis zum 26. April dauern. In enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden, den Abfallwirtschaftsverbänden, den AbfallberaterInnen und mit Unterstützung durch Schulen und Vereine wird eine breit getragene Mobilisierung zur Säuberung unserer schönen Steiermark und unserer schönen Landeshauptstadt stattfinden.

Was jedoch bei dieser gut durchdachten Aktion fehlt, ist eine begleitende, groß angelegte Sperrmüllaktion für alle GrazerInnen. Besonders an abgelegenen Stellen wird jetzt sichtbar, dass über die dunklen Wintermonate viele ihren Sperrmüll illegal in den Wäldern und Wegen um und in Graz deponiert haben.

Graz sollte die Gelegenheit des großen steirischen Frühjahrsputzes auch dazu nutzen, eine Sperrmüllaktion für den Großraum Graz zu initiieren. In der Vergangenheit haben bereits einzelne Grazer Bezirke Sperrmüllaktionen gemacht, die auf regen Zuspruch der Bevölkerung gestoßen sind.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht zu prüfen, ob im Rahmen des *Großen steirischen Frühjahrsputzes* an speziell dafür ausgesuchten Plätzen der Grazer Bezirke eine große und unentgeltliche Sperrmüllaktion für die Grazer BürgerInnen initiiert werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Martina Thomüller

Donnerstag, 20. 3. 2014

Antrag

Betrifft: „Platz der freiwilligen Schützen“ umbenennen in „Platz der Widerstandskämpferinnen“

Bedauerlicherweise tragen Plätze und Straßen in der Stadt Graz immer noch Namen, die der kriegsverherrlichenden und nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs ein ehrendes Gedenken bewahren, wie zum Beispiel die Kernstockgasse (von Otto Kernstock, der Priester und Dichter war mit eindeutig deutschnationalem Gedankengut), die Conrad-von-Hötzendorfstraße (nach Franz Conrad von Hötzendorf, der als Kriegsherr deutschnationaler Tradition maßgeblich den 1. Weltkrieg mit zu verantworten hatte), aber auch der Platz der Freiwilligen Schützen.

Anfang des 20. Jahrhunderts riss man das Waisenhaus, das davor hier seinen Platz fand, ab, und den nun entstandenen Platz widmete man den freiwilligen Schützen für ihre Verdienste um den 1. Weltkrieg. Die Namensgebung des Platzes steht bis heute für die Glorifizierung eines grausamen und mörderischen Weltkriegsgeschehens und ist wahrlich kein Ruhmesblatt für unsere Stadt.

Im Rahmen eines Kunstprojektes mit dem Titel „Frauen tragen“ realisierten einige Künstlerinnen im vergangenen Herbst auf Initiative der Frauenbeauftragten Maggie Jansenberger eine Kunstaktion im öffentlichen Raum, bei der an verschiedenen Adressen in der Stadt Schilder mit Namen von denkwürdigen Frauenpersönlichkeiten angebracht wurden. Unter anderem wurde am „Platz der Freiwilligen Schützen“ auch das Schild „Platz der Widerstandskämpferinnen“ angebracht. Wir finden, dass dies tatsächlich ein würdiger Name für diesen Platz wäre und dass sich das Gedenken an jene Frauen, die Widerstand leisteten gegen Nationalsozialismus, Krieg und Völkermord nicht allein auf ein Kunstprojekt beschränken sollte.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Der „Platz der freiwilligen Schützen“ wird dem Gedenken von Frauen, die gegen Nationalsozialismus, Krieg und Völkermord Widerstand geleistet haben gewidmet und in „Platz der Widerstandskämpferinnen“ umbenannt.



Betrifft: ÖBB Intercity Bus



GRAZ

Gemeinderatsklub
A-8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at

ANTRAG

an den Gemeinderat
eingebracht von Frau Gemeinderätin Mag.^a Susanne Bauer
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 20. März 2014

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es sollte alles getan werden, um die Luftsituation in Graz zu verbessern.

Aber der ÖBB Intercity Bus fährt täglich 7-mal von Graz nach Klagenfurt (6:30 – 18:45) und wartet vor dem Hauptbahnhofgebäude im Regelfall mit laufendem Motor im Winter wg. der Heizung und im Sommer wg. der Kühlung im Inneren des Busses. Auch ist das Laufenlassen des Motors gem. Kraftfahrzeuggesetz § 102 Abs. 4 verboten.

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion folgenden

Antrag:

Der Bürgermeister der Stadt Graz wird ersucht, die zuständigen Stellen der ÖBB aufzufordern, andere technische Möglichkeiten wie z.B. Standheizung oder E-Anschluss, welche zur Verbesserung der Luftsituation beitragen, zu prüfen.

Betreff: Baumschlägerungen Leonhardstraße 71/Engelgasse 5



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

Graz, 17. März 2014

ANTRAG

**an den Gemeinderat
eingebracht von Gemeinderat DI (FH) Werner Savernik
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 20. März 2014**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Erhaltung des Grazer Baumbestandes steht zur Verbesserung des Stadtklimas und zur Feinstaubreduktion in Graz als wichtigstes Thema fern abseits jeder politischen und gesellschaftlichen Diskussion. Zur Verbesserung des Mikroklimas und als wichtigster Bestandteil einer lebenswerten Umgebung sind Bäume in innerstädtischen Bereichen aber unverzichtbar. Jeder einzelne Baum ist erhaltens- und schützenswert!

Bei Befall von Krankheiten oder bei ernsthafter Gefährdung sind selbstverständlich Schlägerungen zu erlauben und geeignete Nachpflanzungen zu verordnen.

Der Villenbereich in St. Leonhard ist einer jener Gegenden, wo noch Altbaumbestand in ausreichendem Maße und Alter zur Verfügung steht um auch in Kerngebieten geeignete Lebensräume für Tiere aber auch Erholungsräume für Menschen erhalten zu können. In dieser Gegend – in der Leonhardstraße 71/Engelgasse 5 – ist es in den vergangenen Monaten zu umfangreichen, hinterfragenswürdigen Schlägerungen gekommen, die von den umliegenden Bewohnern mit Argusaugen verfolgt wurden und weiter verfolgt werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den Antrag:

Die zuständige Abteilung wird aufgefordert, einen detaillierten Bericht über die oben beschriebenen Schlägerungen zu verfassen und dem Gemeinderat bis zur Aprilsitzung vorzulegen.

Antrag, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom **20. März 2014** von Gemeinderätin Claudia Schönbacher

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 20.03.2014

Betreff: Attraktivierung der Verwaltungsakademie Graz
Antrag

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Rahmen der letztwöchigen Sitzung des Behindertenbeirats gab es unter anderem einen Informationsbericht zur Verwaltungsakademie Graz, in welchem dazu angeregt wurde, Magistratsmitarbeiter vermehrt in den Bereichen Umgang mit behinderten Menschen und Barrierefreiheit zu schulen. Da auch magistratsfremden Personen der Zugang zu diesem Seminarprogramm offen steht, habe ich daraufhin gezielt nach „Verwaltungsakademie Graz“ im Internet gesucht, konnte aber leider nur stark veraltete Beiträge finden. Das aktuellste Seminarprogramm etwa stammt aus dem Jahre 2011. Auf der Homepage der Stadt Graz selbst ist überhaupt kein Hinweis auf die Existenz dieser Verwaltungsakademie zu finden. Für eine magistratsfremde Person ist es daher vollkommen unmöglich, dahingehende Informationen zu erhalten, es sei denn, man verirrt sich und landet zufällig auf der Internetseite des Referats für Personalentwicklung und findet die dort angegebenen Daten einer Kontaktperson.

Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, dieses überaus erfreuliche Angebot der Verwaltungsakademie Graz intensiv zu bewerben, um die Wahrnehmung dieses wertvollen Seminarangebotes zu erhöhen. Es soll darauf Wert gelegt werden, dabei auch magistratsfremden Personen den Zugang zum aktuellen Seminarprogramm ohne Umwege zu ermöglichen.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 20. März 2014

von

GR Karl Dreisiebner

Betrifft: Prüfung der Straßenzüge Griesgasse, im Bereich zwischen Igelgasse und Griesplatz, sowie der Feuerbachgasse, zwischen dem Südtirolerplatz und der Griesgasse, hinsichtlich der Einführung einer FußgängerInnenzone sowie alternativ die Prüfung der genannten Straßenzüge auf Eignung für die Verordnung als Begegnungszone.

Die Griesgasse stellt eine bedeutende fußläufige Verbindung zwischen dem Griesplatz und dem Südtirolerplatz bzw. dem Annenviertel sowie weiter in die Innere Stadt dar. Darüber hinaus ist diese, nun als Einbahn Richtung Norden geführte Straße bei RadfahrerInnen sehr beliebt und stark genutzt. Das wirtschaftliche Leben, Büros, DienstleisterInnen, Handels- und Gastronomiebetriebe bespielen und beleben die Griesgasse zusätzlich und viele GrazerInnen sind hier zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind.

Die Griesgasse wird im Abschnitt Griesplatz bis Belgiergasse aber leider - trotz Verordnung als Nebenstraße mit einem Tempolimit von 30 Km/h - auch sehr stark vom Autoverkehr als Abkürzungsrouten benutzt. Natürlich stellt auch der Parksuchverkehr – obwohl es nicht viele, bzw. meist kaum freie Stellplätze in dieser Gasse gibt - einen weiteren Magneten für den Autoverkehr dar.

Nicht unähnlich stellt sich die Situation in der Feuerbachgasse südlich wie auch nördlich der Belgiergasse dar. Es herrscht v.a. sehr viel Parksuchverkehr, aber ebenso viel FußgängerInnen- und Radverkehr. Im nördlichen Bereich entstehen Konfliktzonen schon alleine aufgrund des sehr geringen

Straßenquerschnitts bzw. der daraus resultierenden geringen Gehsteigbreiten. Etwas anders ist die Situation im Bereich Platz der Freiwilligen Schützen: hier ragen ein Schulbetrieb und das Bad zur Sonne an. Der Straßenbereich ist zwar vor Jahren bereits optisch gestaltet worden, blieb aber trotzdem sehr Autoverkehrs dominiert und -lastig. Der Autoverkehr im südlichen Bereich der Feuerbachgasse generiert sich ähnlich wie in der Griesgasse - neben Parksuchverkehrsfahrten – vorwiegend aus Autofahrten, die eine Abkürzung durch unser untergeordnetes Straßennetz suchen.

Die Einführung von FußgängerInnenzonen war und ist eine Erfolgsstory für unsere Innenstadt sowie für unsere nahen Bereiche – etwa die Mariahilferstraße, der Mariahilferplatz und die Kosakengasse im Bezirk Lend. Urbaner Raum gepaart mit Nahversorgung und anderem Handel, florierende Gastronomie- und Freizeitangebote entwickelten sich, bzw. entwickeln sich in solcherart autofreien Straßen sehr gut. Die NutzerInnen profitieren ebenso: von der gegebenen und sich verbessernden Angebotsstruktur, vom zusätzlich nutzbaren öffentlichen Raumangebot und von einer optimierten fußläufigen Erreichbarkeit (welche von einem sehr dichten, alle Anfangspunkte der genannten Straßen bedienenden, ÖV-Angebot unterstützt wird). Ähnliche - wenn gleich nicht ganz so starke – positive wirtschaftliche, soziale und urbane Effekte lassen sich wohl auch durch die alternativ (oder auch vorläufig und somit als Testlauf für eine spätere FußgängerInnenzone) mögliche Einführung einer Begegnungszone erreichen.

Für die Prüfung der Tauglichkeit der Straßenzüge Feuerbachgasse und Griesgasse für die Ausweisung als Begegnungszone liegt dem Verkehrsstadtrat sowie den zuständigen Abteilungen – ein bis dato leider völlig unbeantworteter - mehrheitlicher Beschluss des Bezirksrats Gries aus September 2013 vor.

Folglich stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG sowie auch im Sinne und entlang der Intention des erwähnten mehrheitlichen Bezirksratsbeschlusses aus dem Jahr 2013 folgenden

Antrag

- 1.) Der für Verkehrsangelegenheiten zuständige Stadtrat, Mag. (FH) Mario Eustacchio wird aufgefordert, die im Sinne des obigen Motivenberichts dargestellte Autoverkehrsberuhigung durch die Einführung einer FußgängerInnenzone im Bereich der Griesgasse und der Feuerbachgasse zu prüfen.
- 2.) Für den Fall einer negativen Beurteilung für die Verordnung der genannten Straßenzüge als FußgängerInnenzone möge alternativ von den zuständigen Abteilungen geprüft werden, ob eine Ausweisung beider Straßen, der Griesgasse sowie der Feuerbachgasse, für Begegnungszone geeignet ist (dies auch im Sinne des noch unbeantworteten Antrags aus dem Bezirk Gries),
- 3.) Stadtrat Eustacchio möge spätestens in der im Mai stattfindenden Verkehrsausschuss-Sitzung den Mitgliedern des Ausschusses einen schriftlichen Informationsbericht zur Kenntnis bzw. als Diskussionsgrundlage präsentieren.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 20. März 2014

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Energieeffizienz-Initiative Nr. 4 - Wärmehähler in städtischen Wohnungen

Während es für den Stromverbrauch in jeder Wohnung einen eigenen Zähler gibt, stellt sich die Situation bei Heizungen leider in vielen Fällen anders dar:

Geht es um die Wärme für die Heizung und teilweise auch für Warmwasser, wird der Verbrauch zwar gemessen, aber für das gesamte Haus und dann jährlich in die Betriebskosten übernommen. Alle MieterInnen eines Objekts zahlen die gleiche Summe, egal wie viel sie tatsächlich verbrauchen. Grundsätzlich wäre es an der Zeit, an ein Gesetz zu denken, das zur Installation von modernen Thermostaten und Heizungszählern verpflichtet, sodass einerseits während der Heizperiode das Regulieren der Temperatur in den Wohnungen erleichtert wird – was bei der manuellen Einstellung sehr schwer möglich ist und notwendigerweise zu Energieverschwendung führt – und andererseits, ähnlich wie beim Strom, alle für das zahlen, was sie wirklich verbrauchen. Dies würde die VerbraucherInnen motivieren, mehr auf ihren Wärmeverbrauch zu achten und ihn zu drosseln.

Die Stadt Graz könnte im Rahmen der Sanierungen städtischer Wohnbauten eine Vorbildfunktion einnehmen, wenn - parallel zur thermischen Sanierung der Gebäude - die Heizkörper in den Wohnungen mit Thermostatventilen und die Wohnungen mit Wärmehählern, die den tatsächlichen physikalischen Durchfluss von Energie messen, ausgerüstet würden.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag

- 1) Das Amt für Wohnungsangelegenheiten wird beauftragt, im Zuge von thermischen Sanierungen städtischer Gebäude moderne Thermostatventile und Wärmehähler in den Wohnungen zu installieren.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 20. März 2014

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Heckenpflanzung und Ersatzpflanzung Baum

Im Zusammenhang mit der Errichtung des Massiv-Holzbau Projekts „shell_housing“, Brucknerstraße, Sonderwohnprogramm 1993 (siehe GR-Stück A 21/8 – 24066/2009) wurde den südlichen NachbarInnen im Rahmen des Bauverfahrens die Pflanzung einer Hecke entlang der gesamten südlichen Grundstücksgrenze des Bauobjekts zugesagt. Obwohl die Wohnungen bereits vor geraumer Zeit bezogen wurden, ist bis dato die Pflanzung dieser Hecke ausständig, was bei den AnrainerInnen naturgemäß für Unmut sorgt! Weiters lässt die Pflege der Baum-Ersatzpflanzungen zu wünschen übrig. Ein Jungbaum (bei der Tiefgarageneinfahrt) hat die Trockenperiode des vergangenen Sommers ohne Bewässerung ganz offensichtlich nicht überlebt. Auf Nachfrage bei der Holding Graz wurde mitgeteilt, dass nicht die Holding Graz für die Ersatzpflanzungen und Pflege zuständig sei, sondern diese durch das Amt für Wohnungsangelegenheiten an eine externe Firma vergeben wurden.

Daher stelle ich namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

Antrag

- 1) Das Amt für Wohnungsangelegenheiten wird beauftragt, die den NachbarInnen im Zuge des Bauverfahrens zugesagte Pflanzung einer Hecke an der südlichen Grundstücksgrenze unverzüglich zu veranlassen.
- 2) Weiters möge die mit der Pflege der Anlage und den Baum-Ersatzpflanzungen beauftragte Firma unverzüglich beauftragt werden, den abgestorbenen Baum bei der Tiefgarageneinfahrt zu ersetzen und hinkünftig für die Pflege der Jungbäume Sorge zu tragen.



Tel.: +43 316 872-2162
Fax: +43 316 872-2169
gruene.klub@stadt.graz.at
www.graz.gruene.at

Antrag

der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 20. März 2014

von

GRⁱⁿ Mag.^a Andrea Pavlovec-Meixner

Betrifft: Keine Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung – Petition an das Land Steiermark

Vor zwei Jahren haben die Grazer Grünen bereits einen Antrag zu diesem Thema in den Grazer Gemeinderat eingebracht. Mittlerweile wurde im Rahmen der Überarbeitung des regionalen Entwicklungsprogramms Graz / Graz-Umgebung unter anderem auch die Vorrangzone Schifterkogel in der Marktgemeinde Semriach als Rohstoffvorrangzone ausgewiesen. Der Gemeinderat der Marktgemeinde Semriach kämpft seit mehr als 30 Jahren gegen eine weitere Ausweisung von Steinbrüchen und sprach sich bei der Auflage des Flächenwidmungsplans 4.0 einstimmig gegen die Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung aus.

Die vom Gemeinderat Semriach angeführten Gründe gegen die Ausweisung des Schifterkogels als Rohstoffbevorratung sind auch für die Stadt Graz von Relevanz. So stellt der Schifterkogel auch für die Grazer Bevölkerung ein wichtiges Naherholungsgebiet dar. Von besonderer Relevanz ist die Thematik aber vor allem für die Feinstaubbelastung in Graz. Durch diesen Steinbruch würde die Luftschleuse stark belastet und damit die Feinstaubbelastung für Graz noch weiter erhöht.

Daher stelle ich seitens des Grünen Gemeinderatsklubs – ALG den

Antrag

Landesrat Kurzmann sowie der Steiermärkische Landtag sollen auf dem Petitionswege aufgefordert werden, das regionale Entwicklungsprogramm Graz-Graz Umgebung dahingehend abzuändern, dass der Schifterkogel - in Übereinstimmung mit dem österreichischen Rohstoffplan - als Rohstoffvorrangzone nicht mehr enthalten ist.

~~Dringl.~~ / ANTRAG IM GEMEINDERAT Nr. 392 / 14
Der

Mag.-Abteilung.....
zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung
zugewiesen. Erledigung dem Präsidialamt
anzeigen.

Für den Bürgermeister



Piratenpartei Graz
Radetzkystrasse 3/1
8010 Graz
0660/1830366

philip.pacanda@piratenpartei.at
steiermark.piratenpartei.at

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 20. März 2014

Antrag

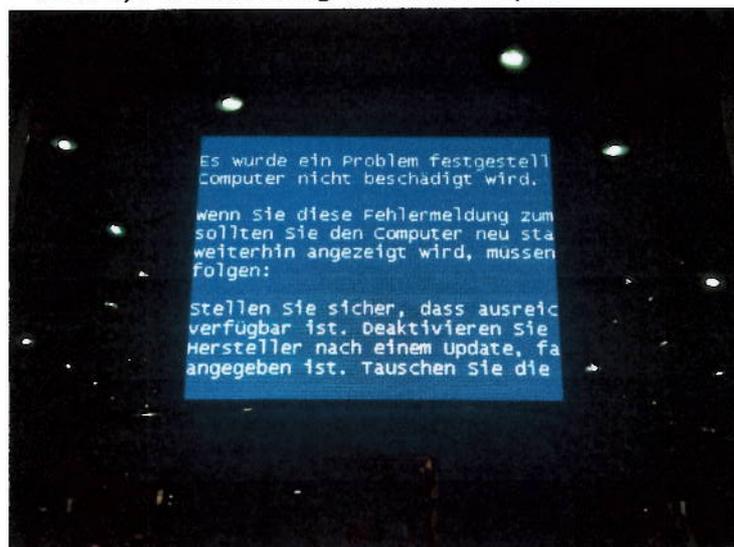
Betreff: InfoScreens - Barrierefreie Kommunikation und Information

Laut den Informationen die bis vor kurzem noch auf der Homepage der Firma Ankünder zu lesen waren liefern die Infoscreens die in den Grazer Straßenbahnen montiert sind 70% Informationen und nur 30% Werbung.¹

Aufmerksame Bürgerinnen und Bürgern weisen bereits seit längerem auf Probleme bei den InfoScreens hin.

Die Probleme sind in folgender Dokumentation dargestellt. Diese und andere "Informationen" sind täglich in verschiedensten Straßenbahnen zu lesen.

Abb 1.) Fehlermeldung vom Jakominiplatz - InfoScreen



¹ Cache Aufruf: https://wiki.piratenpartei.at/w/images/ff/3/Screenshot_Feb.pdf

Abb 2.) Fehlermeldung in der Straßenbahn

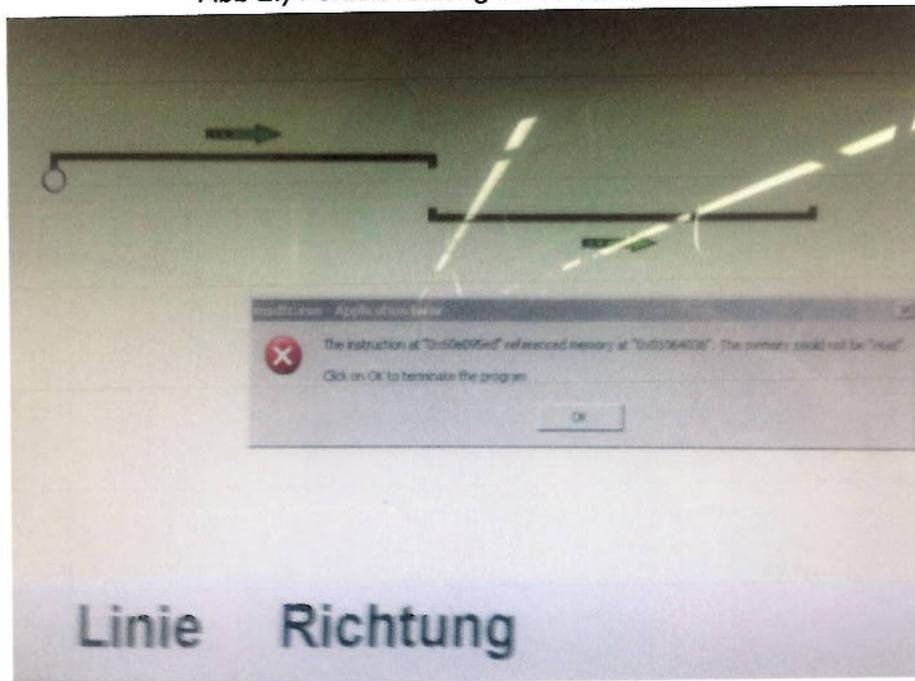


Abb 3.) Wartung - Straßenbahn

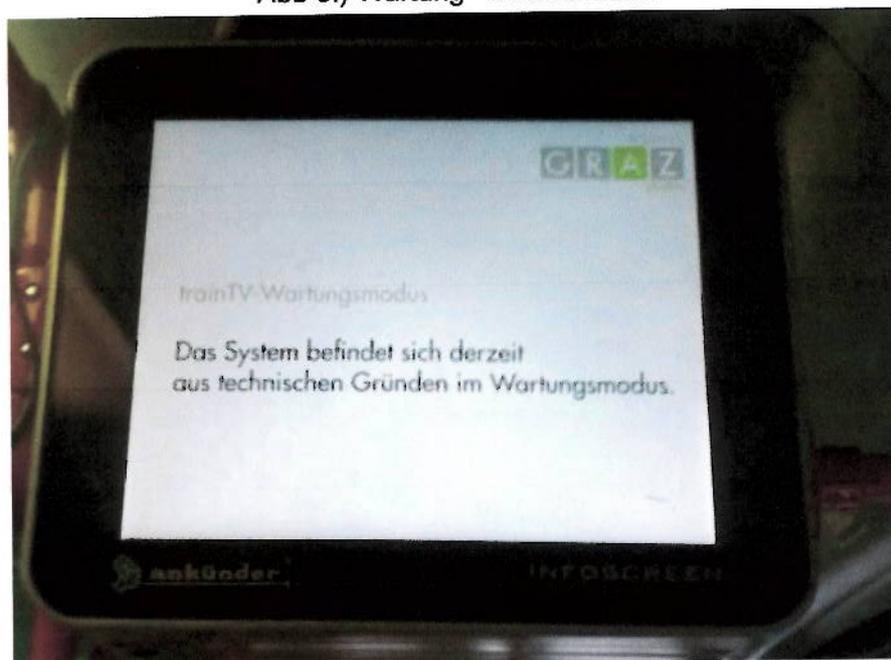


Abb 4.) Keine Information - Straßenbahn

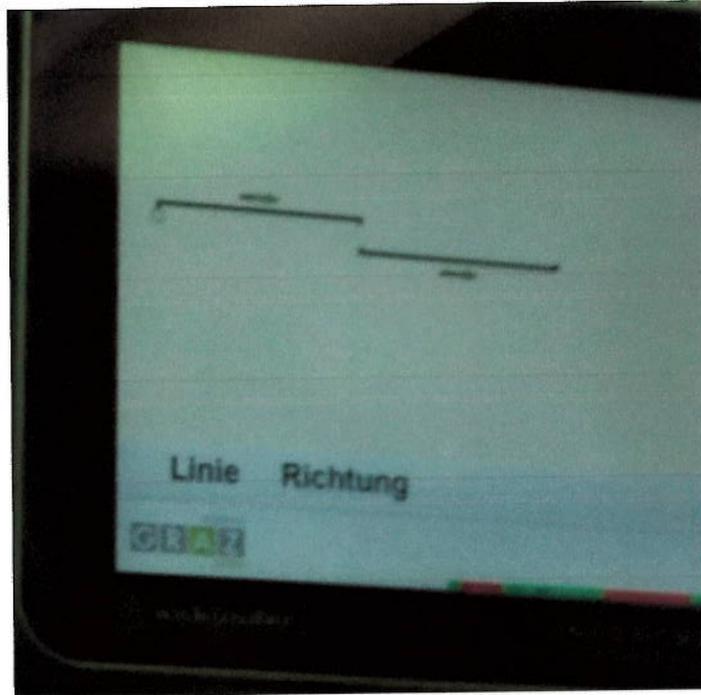


Abb 5.) Keine Information - Straßenbahn



Die Problem die hier bestehen sind aus unserer Sicht mehrschichtig. Einerseits bestehen zwischen der Stadt Graz, der Holding Graz, der Firma Ankünder, und auch etwaigen externen Dienstleistern oder Hardwarefirmen Verträge die aus unserer Sicht nicht oder nur teilweise erfüllt werden.

Hier bedarf es einer dringenden Klärung der Situation. Warum funktionieren die Infoscreens seit mehreren Monaten nur teilweise, wer ist hier verantwortlich, entsteht der Stadt Graz dadurch ein finanzieller Schaden, wer verrechnet die Dienstleistung der "Informationsleistung" (70%) an wen?

Neben der Problemstellung der Leistung die hier nicht oder nur teilweise erbracht wird und wodurch ein möglicher finanzieller Schaden entsteht oder bereits entstanden ist ist diese Situation aus einem weiteren Grund untragbar.

Für Hörbehinderte Menschen die vielleicht sogar zusätzlich nicht ortskundig sind ist es durch diese Situation unmöglich festzustellen wo ihre Haltestelle ist (Ausblick auf die nächsten Haltestellen die fehlt - Abb 4) noch ist es möglich festzustellen welche Haltestelle die aktuelle ist (Abb 5). Gerade im Sinne der Barrierefreiheit ist es ein dringliches Anliegen dieses Problem umgehend zu lösen.

Weiters ist es für eine Großstadt wie Graz auch für Touristen und Besucher erstens kein schönes Bild und zweitens keine Hilfe wenn nicht klar ist welche Station die nächste ist, oder es nicht ersichtlich ist in wievielen Stationen man aussteigen muss.

ANTRAG

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert:

- 1.) Prüfung und Berichterstattung an den zuständigen Ausschuss wie die vertragliche Leistungserbringung im beschriebenen Fall gegliedert ist und ob ein finanzieller Schaden entstanden ist.
- 2.) Prüfung und Berichterstattung an den zuständigen Ausschuss welche Maßnahmen getroffen werden um das Problem der "nicht Information" speziell in Hinsicht auf Barrierefreie Information für z.B. hörbehinderte Menschen sowie auch Touristen und Besucher und alle Grazerinnen und Grazer zu lösen.